

**Zeitschrift:** Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design  
**Herausgeber:** Hochparterre  
**Band:** 35 (2022)  
**Heft:** [14]: Imposanter Stadtbaustein

**Artikel:** Auf Berg- und Talfahrt zum guten Ende  
**Autor:** Huber, Werner  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1029971>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Auf Berg- und Talfahrt zum guten Ende

**Kaum ein Bauprojekt des Kantons Zürich war politisch so umstritten wie das PJZ. Die Planung rollte fulminant an und wurde dann gestoppt. Doch der Bau kam richtig in Fahrt.**

Text:  
Werner Huber

«Befreiungsschlag für die Kaserne», titelt der *«Tages-Anzeiger»* am 21. September 2000. Tags zuvor schlugen der Regierungsrat und die federführende Baudirektorin Dorothee Fierz vor, als Polizei-, Gefängnis- und Justizzentrale einen Neubau auf dem Areal des Güterbahnhofs zu errichten. Dadurch könne das Kasernenareal von der polizeilichen Nutzung befreit und die politisch aufgeladene Nutzungsdiskussion entschärft werden. Für diesen Vorschlag erhält der Regierungsrat grosses Lob – von der SP bis zur SVP. Der gordische Knoten ist durchtrennt.

Schnell kommen die Dinge ins Rollen: 2002 beziffert eine Testplanung den Raumbedarf des *«Polizei- und Justizzentrums»* (PJZ), wie es nun heisst, auf 54 000 Quadratmeter für 1750 Mitarbeitende. Die Kosten werden auf rund 540 Millionen Franken geschätzt: 430 Millionen für das Gebäude, 110 Millionen für das Grundstück. Getrübt werde die Aussicht auf den Neubau einzig durch den *«unglaublich langen Zeithorizont»*, meint Dorothee Fierz: Erst 2007 würden die SBB den Güterbahnhof freigeben, das PJZ könne drum frühestens 2011 bezogen werden.

## **Das Projekt kommt in Fahrt**

Im Juli 2003 bewilligt der Kantonsrat mit 100:62 Stimmen das Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum (PJZ-Gesetz), kürzt aber den Rahmenkredit auf 490 Millionen Franken. Die anfängliche Euphorie hat an Schwung verloren, die Grünen und die SVP stimmen gegen das Gesetz. Im Herbst sagt eine Mehrheit von 56 Prozent der Stimmentenden des Kantons Zürich Ja zum PJZ – in der Stadt deutlicher als auf dem Land. Zwei Jahre später liegt das städtebauliche Konzept des Architekturbüros Gigon/Guyer vor. Es bildet die Grundlage für den Gestaltungsplan und für den Projektwettbewerb. Für die Präqualifikation melden sich 110 Architektenteams an.

Anfang Mai 2006 stellt die Baudirektion den Entwurf von Theo Hotz Partner als Sieger des Projektwettbewerbs vor. Es sei essenziell, dass das PJZ als ein einziges Gebäude geplant werde, betonen der Kommandant der Kantonspolizei, Peter Grütter, und der leitende Oberstaatsanwalt, Andreas Brunner: Die Überführung von Untersuchungshäftlingen aus dem Gefängnis zu den Justizbehörden solle aus Sicherheitsgründen innerhalb des gleichen Gebäudes erfolgen. Mit der Fertigstellung rechnen die Verantwortlichen frühestens 2012.

Als die Baudirektion im März 2009 das Baugesuch für das PJZ einreicht, sind die Kosten um 160 Millionen auf 700 Millionen Franken gestiegen. Davon entfallen 52 Millionen auf die Teuerung, der Rest auf zusätzliche Nutzungen und neue Baustandards. Das Gebäude zählt nun fünf Obergeschosse statt nur vier wie im Wettbewerb. In einer Sparrunde können die Kosten auf knapp 570 Millionen gedrückt werden, was noch immer fast 80 Millionen mehr sind als der Rahmenkredit von 2003. Allerdings finden nun drei Abteilungen der Kantonspolizei doch keinen Platz mehr im PJZ.

## **Scherbenhaufen – oder doch nicht?**

Am 20. September 2010 berät der Kantonsrat den Objektkredit. Weil sich schon im Vorfeld ein Nein abzeichnet, kommen gleich drei Regierungsräte ins Rathaus: Baudirektor Markus Kägi, Sicherheitsdirektor Hans Hollenstein und Justizdirektor Markus Notter. Sie betonen die betrieblichen Vorzüge des Projekts, argumentieren mit dem Volkswillen und weisen darauf hin, was ein Abbruch

der Übung kostet. Nicht zuletzt würden damit 60 Millionen Franken Planungskosten in den Sand gesetzt. Am Ende nützt alles nichts: Mit 89 zu 82 Stimmen bei 5 Enthaltungen lehnt der Kantonsrat den Objektkredit für das PIZ ab. Weil vor allem die Vertreterinnen und Vertreter der SVP, der Grünen, der GLP und der EDU Nein stimmen, schreibt die «NZZ» tags darauf von einer «konservativ-grünen Zweckallianz», die das Grossprojekt zum Scheitern gebracht habe.

Wie weiter? Das ist die grosse Frage in den Tagen danach. Die Situation ist eigentlich klar: Ohne Baukredit kein Gebäude, also auch keine Planung. Deshalb werden sämtliche Verträge mit den Planern aufgelöst. «Bei uns als Architekten betraf dies das PIZ-Team. Doch weil wir als Generalplaner auftraten, waren auch rund 120 weitere Beschäftigte in anderen Unternehmen davon betroffen», blickt Robert Surbeck von Theo Hotz Partner heute auf diese Zeit zurück.

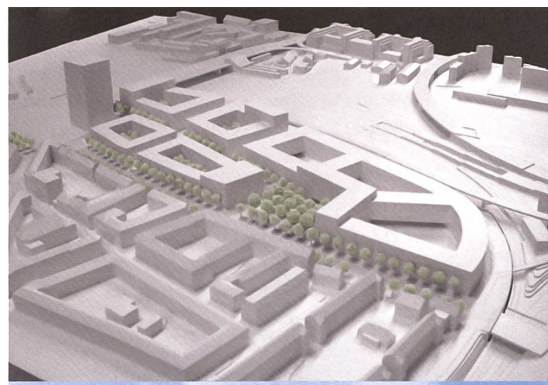
Während im Hochbauamt und in den Planungsbüros die Arbeit der letzten fast zehn Jahre schubladisiert wird, bleibt der Auftrag, auf dem Areal des Güterbahnhofs ein PIZ zu bauen, bestehen. Denn dies ist im PIZ-Gesetz festgeschrieben, das nach wie vor in Kraft ist. Folgerichtig beantragt der Regierungsrat im November 2010, dieses Gesetz aufzuheben. Dagegen ergreifen die PIZ-Befürworter das Referendum – und haben Erfolg: Am 4. September 2011 lehnen die Stimmberechtigten des Kantons mit 54,2 Prozent Neinstimmen-Anteil die Aufhebung des PIZ-Gesetzes ab – und sprechen sich damit für den Neubau aus.

### Wie Phönix aus der Asche

Auch wenn die gegnerische Seite bemängelt, dass die Abstimmungsfrage zu kompliziert gewesen sei – wer kein PIZ wollte, musste Ja stimmen und umgekehrt –, ist das politische Verdikt eindeutig. Nun ist es auch dem Kantonsrat nicht mehr möglich, sich mit dem Hinweis auf einen vermeintlich veränderten politischen Willen gegen das Projekt zu stellen. Mit 120 gegen 12 Stimmen bei 38 Enthaltungen stimmt das Kantonsparlament im März 2012 dem 570-Millionen-Objektkredit deutlich zu. Kurz darauf lehnt das Bundesgericht eine letzte Beschwerde aus der Nachbarschaft gegen das PIZ ab. Ende Jahr überträgt der Regierungsrat die Leitung des PIZ-Teams im Hochbauamt an Hans-Rudolf Blöchlinger. Er hatte 2011 nach dem Abgang von Stefan Bitterli interimistisch das Amt des Kantonsbaumeisters übernommen und seither ständig mit dem Projekt zu tun.

Beim Neustart fährt man nicht einfach dort weiter, wo man ein gutes Jahr zuvor aufgehört hatte. Hans-Rudolf Blöchlinger lässt vielmehr alles nochmals von Grund auf überprüfen. «Bauen wir wirklich das Richtige?», lautet die zentrale Frage. Auf Seiten der Bauherrschaft und der Nutzer sind viele neue Mitarbeitende dazugestossen, die das PIZ mit anderen Augen sehen.

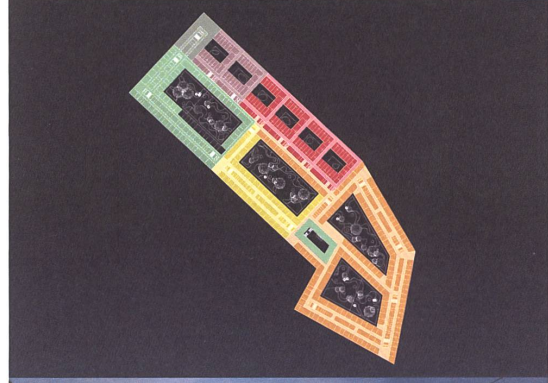
Blöchlinger hat zwar ein baubewilligtes Projekt übernommen, doch reicht dafür das bewilligte Geld nicht. Einfach das fünfte Obergeschoss wegzulassen, wie in einer früheren Sparrunde angedacht, wäre nicht praktikabel. Bautechnisch wäre es kein Problem, das Gebäude später aufzustocken. Doch betrieblich – zumal bei einem sicherheitstechnisch so hochgerüsteten Bau – ist das undenkbar. Zunächst versucht Blöchlinger die Regierung zu einer Aufstockung des Kredits zu bewegen. Doch das ist ein politisches No-Go. Also sucht er zusammen mit den Architekten nach anderen Möglichkeiten, 50 bis 60 Millionen Franken einzusparen. Die Lösung liegt in der Verkürzung des Hauses: Man erstellt zwar alle Untergeschosse, lässt jedoch ab dem Erdgeschoss zwei der sechs →



Gigon / Guyer Architekten:  
Masterplan 2004



Theo Hotz Partner:  
Wettbewerb 2006, 1. Rang



Theo Hotz Partner:  
Wettbewerb 2006, 1. OG



Staufner & Hasler / Bosshard & Luchsinger:  
Wettbewerb 2006, 2. Rang



Arge Graziosi Krischanitz:  
Wettbewerb 2006, 3. Rang

→ Gefängnismodule und einen Bürotrakt weg. Damit passt das Haus ins Budget – aber nicht in die Baubewilligung. In der (letztlich vergeblichen) Hoffnung, dass der Regierungsrat im Lauf der Zeit das Budget erhöht, vereinbart Blöchlinger mit der Stadt zwei Baubewilligungen.

### **Der lange Weg zum definitiven Projekt**

Ein grosses Fragezeichen setzt Hans-Rudolf Blöchlinger hinter das Konzept mit einem einzigen Eingang für das ganze Gebäude – inklusive Gefängnis. Die Hunderten von Bewegungen täglich sind sicherheitsmässig und logistisch schwierig. Deshalb entstehen der Nebeneingang für das Personal weiter hinten an der Güterstrasse, der beim Vollausbau zu einem zweiten Haupteingang werden kann, und ein separater Eingang für das Gefängnis an der rückwärtigen Strasse Am Kohlendreieck. Das bringt logistische Verbesserungen und mehr Diskretion für Besucherinnen und Besucher und die entlassenen Gefangenen. Das zuerst im Erdgeschoss an der Strassenfassade vorgeplante Restaurant wird in den grossen Innenhof verlegt. Das schafft Raum für mehr Arbeitsplätze.

Schrittweise nähern sich Bauherrschaft und Planer so dem definitiven Projekt an. 2015 liegt es vor. Sämtliche Spezifikationen sind in einem Testatdossier festgehalten, das alle Beteiligten unterschreiben – bis hinauf zum Regierungsrat. «Was hier geplant ist, verstehe ich. Und das kriege ich»: Diese Bescheinigung macht den Weg frei. An Blöchlingers Seite übernimmt Bruno Schulthess vom Hochbauamt die Gesamtleitung für das Bauprojekt. Er hatte zuvor auf dem Toni-Areal Erfahrungen mit einem ebenso grossen Vorhaben gesammelt. 2016 folgt die Ausschreibung für den Generalunternehmer.

Zu diesem Zeitpunkt basiert der Innenausbau auf einem Bürolayout mit auf die Hierarchie abgestimmten Einzelbüros. Die Räume für die Einvernahmen sind über den ganzen Bereich der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei verteilt, was viel Platz beansprucht. Einerseits, weil es zu jedem Einvernahmerraum auch eine Abstandszelle braucht, andererseits, weil die Gänge 1,9 Meter breit werden müssten, damit zwei Polizisten einen renitenten Häftling zurück in die Zelle führen können.

### **Mehr Sicherheit und mehr Platz**

Wie wäre es, wenn wir für die Einvernahmen einen zentralen Ort schaffen würden, fragte Hans-Rudolf Blöchlinger. Bisher waren sich die Staatsanwältinnen und -anwälte und die Mitarbeitenden der Kripo gewohnt, dass die Verdächtigen zu ihnen geführt werden. Nun sollte das anders werden: Aus Sicherheitsgründen werden die Personen auf kurzen Wegen nur noch bis zu den Einvernahmerräumen geführt. «Das war eine intensive Übung», erinnert sich Blöchlinger an die damit ausgelösten Diskussionen.

Auch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG) verfügt im PJZ über Einvernahmerräume. Diese Instanz entscheidet, wer in Untersuchungshaft muss oder wer mit Auflagen wieder nach Hause darf. Zudem entscheidet es über die Verlängerungen der Untersuchungshaft. Die Räume des ZMG liegen jedoch in einem separat zugänglichen Bereich des PJZ – aus Sicherheitsüberlegungen und um die Trennung von Justiz und Gericht zu unterstreichen.

Der Entscheid, hofseitig des Gefängnistrakts auf jedem Geschoss einen Einvernahmepool zu schaffen, ist für das Projekt gemäss Blöchlinger ein «Riesengewinn»: Die Verdächtigen müssen nicht mehr durch das ganze Gebäude geführt, sondern sie können gleich nach nebenan gebracht werden. Dadurch braucht es weniger Sicherheitsabschnitte, sodass sich die Mitarbeitenden relativ frei im Haus bewegen können. Allerdings liegen die Einvernah-

meräume nicht mit Tageslicht am Hof, sondern sind von ihm durch den Korridor abgetrennt, weil so der Weg aus dem Gefängnis in die Abstandszelle nicht über den Korridor führt. Diese Umstrukturierung ermöglicht es, dass auch bei Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei in Gruppenbüros gearbeitet werden kann. Im gesamten Neubau gibt es nur noch ganz wenige Einzelbüros. Das spart Platz und erhöht die Raumqualität.

Am stabilsten überdauern die vier Gefängnisblöcke den Planungsprozess. Aber auch hier gibt es Anpassungen, insbesondere auf Bestreben der Justizdirektion. Bisher war es üblich, dass die Gefangenen 23 Stunden in ihrer Zelle eingeschlossen waren und nur eine Stunde im Spazierhof auf dem Dach verbringen konnten. Indem man jetzt vier Zellen zu einer Gruppe zusammenfügt und je mit einem Aufenthaltsraum ausstattet, haben die Gefangenen etwas mehr Freiraum.

### **Am Ende passt alles rein**

Weil das Raumprogramm des PJZ reduziert werden muss, sollten einige Einheiten der Kantonspolizei, darunter das Kommando, in der alten Polizeikaserne verbleiben. Das will die Politik ändern. In der parlamentarischen Initiative «Wort halten!» fordern FDP-Fraktionschef Thomas Vogel und Mitunterzeichner von SP und GLP, dass das Kasernenareal vollständig für eine neue Nutzung freigegeben wird. Anfang 2017 stimmt der Kantonsrat dieser Initiative deutlich zu. Doch wohin diese Teile der Kapo umziehen sollen, ist zum damaligen Zeitpunkt nicht geklärt. Noch sagt Blöchlinger: «Wir haben keinen Platz», auch wenn im Hintergrund bereits umgeplant wird.

Gefunden wird er schliesslich im Forensischen Institut Zürich (FOR). Dieses ging aus dem Zusammenschluss der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei und des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei hervor und ist seit 2022 eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Im Projekts von 2015 war das FOR auf eineinhalb Geschosse im Südostflügel verteilt. «Die brauchen zu viel Fläche, die zudem technisch aufwendig ist», fand Hans-Rudolf Blöchlinger. Die Architekten haben die zündende Idee: Wenn der Mittelbereich des 5. Obergeschosses erhöht wird, schaffen wir genügend Raum für die technischen Installationen, sodass das ganze Institut auf einem Geschoss Platz findet. Mit diesem Entscheid wird im 4. Obergeschoss viel Platz frei.

All diese Umplanungen schaffen am Ende den Raum für die 200 Mitarbeitenden aus der Polizeikaserne. Als dies klar ist, ist wieder der Regierungsrat an der Reihe. «Wir haben Platz für die Polizeikaserne geschaffen», sagt Blöchlinger, «aber ich brauche Geld.» Das PJZ-Gesetz von 2003 ermöglicht neue Mittel als gebundene Ausgaben.

### **Event in der Baugrube als Startschuss**

Als diese Änderungen beschlossen werden, ist das PJZ längst im Bau. 2013 begann der Abbruch des Güterbahnhofs. Im September 2016 luden die Partner von Theo Hotz Architekten zum Event «Moment Monument» an den Rand der riesigen Baugrube. Künstler Roman Signer hatte über die ganze Länge ein Seil gespannt. Darauf liess er von jeder Seite her ein Rennvelo mit Raketenantrieb aufeinander zurasen – bis zur Kollision. Als Sinnbild für die Zusammenarbeit zwischen Bauherrschaft und Planer eignet sich diese Signer-Aktion jedoch nicht. Denn zum Schluss dieses jahrzehntelangen Projekts windet Hans-Rudolf Blöchlinger den Architekten – auch in ihrer Rolle als Generalplaner – einen grossen Kranz. Das kleine Team habe über die ganze Zeit hervorragend mit dem Kanton und der Generalunternehmung zusammengearbeitet. ●

Versetzen von Deckenelementen  
Anfang 2018.



Personalrestaurant während  
dem Ausbau, 2021.

